

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar

IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern
G. Lang, Wien, 22.03.2007

Wohnbauförderung für Klimaschutzmaßnahmen einsetzen

Höchste Zeit zur Energiewende Alle 25 Jahre verheizen wir einmal die ganzen Baukosten

Kaum jemand ist sich bewusst, dass binnen 25 Jahren die gleiche Geldsumme nur für die Beheizung unseres Gebäudebestandes aufgebracht wird, wie dieser neu errichtet kostet! „Dabei würden bei energieeffizient sanierten Gebäuden 10% ausreichen und wesentlich mehr Komfort und Gesundheit bieten – von der Versorgungssicherheit ganz zu schweigen“, zeigt Günter Lang, GF der IG Passivhaus die großen Vorzüge des Passivhausstandards auf.

Finanzminister Molterer forderte am letzten Wochenende in einem Interview mit der Tageszeitung der STANDARD, 100% der Wohnbaufördergelder für den Klimaschutz einzusetzen. Ein Einsatz der Wohnbauförderungsmittel für Klimaschutz macht tatsächlich Sinn, darin sind sich die Experten von Austria Solar, proPellets Austria und der IG Passivhaus Österreich einig. Eine neue Studie der IG Passivhaus zeigt deutlich auf, dass für den Gebäudebereich die Klimaschutzziele der EU nur dann erreichbar sind, wenn wir ab sofort eine konsequente Trendwende im Wohnbau und der Sanierung vollziehen.

Das würde bedeuten, die bereits erfolgreich erprobten Passivhaus Standards im Neubau breit einzuführen und unter Umsetzung der gestern beschlossenen Österreichischen Klimastrategie bis 2020 alle Nachkriegsbauten von 1945 – 1980 thermisch zu sanieren, wobei die Energieeffizienz im Mittel um 70% verbessert den müsste. Der somit wesentlich reduzierte Energiebedarf kann dann problemlos durch erneuerbare Energien gedeckt werden.



Grafik: IG Passivhaus Österreich

Halbierung der CO₂-Emissionen aller Wohngebäude bis 2020 umsetzbar

Auf diese Weise lassen sich die CO₂-Emissionen durch Raumwärme des gesamten Österreichischen Wohngebäudesektors bis 2020 um 52 Prozent einsparen. Die Maßnahmen setzen sich aus 4,69 Mill. Tonnen CO₂-Einsparung durch Passivhausstandard und optimale thermische Sanierungen, sowie 3,95 Mill. Tonnen CO₂-Einsparung durch Nutzung Erneuerbare Energieträger, wie Biomasse, Solarenergie und andere zusammen.

Erhebung CO₂-Emissionen und Energieverbrauch für Wohngebäude im Bestand und Neubau in Österreich für den Berichtszeitraum 2008 – 2020 zur Zielerreichung der EU-Klimastrategie

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar



IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

G. Lang, Wien, 22.03.2007

Klimaschutzmaßnahmen kurbelt Wirtschaft an

Die in Summe eingesparten CO₂-Emissionen von 8,7 Mill. Tonnen würden in etwa jener Summe entsprechen, welche gemäß dem Ministerrat vom 21.3.07 durch Nicht-Zielerreichung der Kyoto- Vereinbarungen für Verschmutzungsrechte im Ausland zugekauft werden müssen. Diese erforderlichen Budgetmittel von bis zu 4 Mrd. Euro sollen u.a. durch die Erhöhung der Mineralölsteuer hereingebracht werden. Wie auch Wirtschaftsfachleute bestätigen wäre es viel sinnvoller, die Zielerreichungen im eigenen Land umzusetzen, und damit die Österreichische Wirtschaft zu stärken, und vor allem die größte Arbeitsplatzoffensive der 2. Republik zu starten.

Die eingesparte Heizenergie von 15,14 TWh entspricht dem Jahresverbrauch von rund 1,5 Mill. PKW.

Die Experten der IG Passivhaus Österreich, Austria Solar und proPellets Austria, welche in Summe rund 320 Österreichische Unternehmen mit mehr als 28.000 Arbeitsplätzen vertreten, bekennen sich klar zur EU-Strategie zur Bekämpfung der Klimaänderungen für deutlich höhere Reduktionsanstrengungen aller wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Länder in der EU. Schon im November 2006 argumentierte der ehemalige Chefökonom der Weltbank Sir Nicholas Stern, dass die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels für einen Bruchteil der genannten Kosten, etwa ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts, vermieden werden können, andernfalls eine katastrophale Rezession und Kosten von knapp sieben Billionen Dollar drohen. „Entgegen der Meinung der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung werden die Klimaschutzanforderungen die Österreichische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb stärken. Fürchten ist ein schlechter Ratgeber, wir müssen jetzt engagiert in Verantwortung für unsere Kinder handeln“, ist Günter Lang überzeugt.

Gut für Klima – gut für die eigene Gesundheit

Vor allem profitieren aber die Bewohner vom wesentlich besseren Wohnkomfort des Passivhausstandards. Immer frische Luft in den Wohnungen, aber keine Staub- und Pollenbelastung, kein Straßenlärm oder Schimmelproblem mehr. „Das wirkt sich auch sehr positiv auf die Gesundheit der Bewohner aus“, weiß Peter Tappler vom Institut für Innenraumanalytik zu berichten. Und Dank einer Sanierungsoffensive für thermisch optimierte Altbausanierungen werden dem Bewohner unterm Strich auch keine Mehrkosten entstehen.

Rund 1.800 Passivhäuser in Österreich sind ein deutlicher Beweis, dass sich dieser Baustandard längst Praxis Reife erreicht hat. Unter www.igpassivhaus.at kann sich jeder selbst ein genaues Bild unter über 550 dokumentierten Passivhausobjekten aus ganz Österreich machen. „Bei der 11. Internationalen Passivhaustagung im April werden aus der ganzen Welt rund 1.000 Fachleute zu diesem hochkarätigen Kongress nach Bregenz pilgern“, freut sich Arch. DI Helmut Krapmeier vom Energieinstitut Vorarlberg, „Wir sind beim Kongress schon ein Monat zuvor völlig ausverkauft, aber die begleitende große Passivhaus Ausstellung und die Vorträge im Passivhaus Ausstellerforum können bei freien Eintritt besucht werden“.

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar

IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

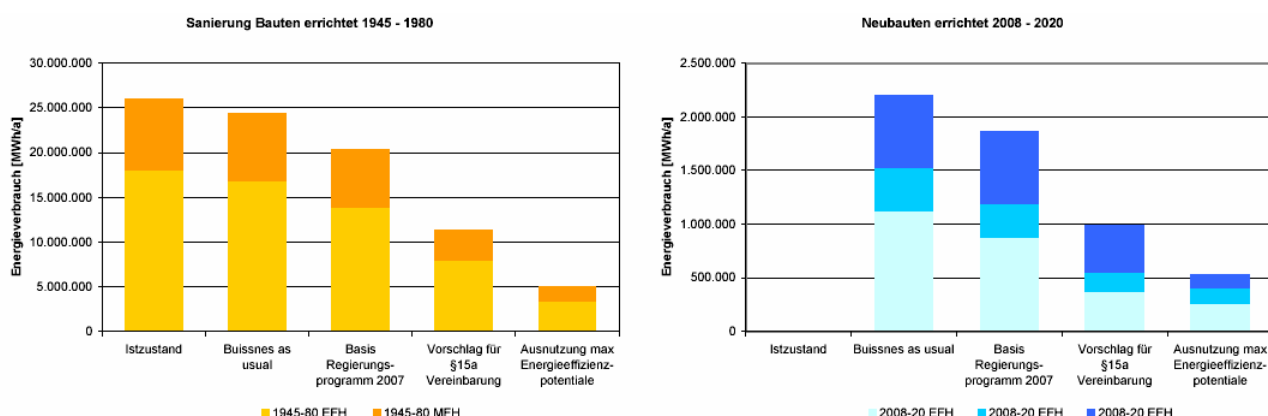
G. Lang, Wien, 22.03.2007

Die aktuelle Studie „Erhebung CO₂-Emissionen und Energieverbrauch für Wohngebäude im Bestand und Neubau in Österreich für den Berichtszeitraum 2008 – 2020“ der IG Passivhaus Österreich legt offen, wie die EU-Vereinbarung zur CO₂-Reduktion im Wohngebäudesektor bis 2020 erreicht werden kann, und welche Maßnahmen dazu umgehend erforderlich sind.

Dafür wurde der gesamte Wohngebäudebestand nach seinen Bautypen und Bauperioden gemäß der Wohnungs- und Gebäudezählung 2001 der Statistik Austria unterteilt, und um den Gebäudebestand der Periode 2002 – 2007, sowie um den prognostizierten Neubauten für die Periode 2008 – 2020 ergänzt. Auf dieser Datenbasis wurden für vier unterschiedliche Trendszenarien die Einsparungspotentiale ermittelt.

Studie bestätigt dringenden Handlungsbedarf bei Bund und Ländern

Die Auswertung der Trendszenarien zeigt sehr deutlich auf, dass für eine Zielerreichung in speziell zwei Bereichen sofortige massive Korrekturen der Wohnbauförderrichtlinien und Bauordnung, wie auch Novellierung des Miet- und Eigentumsrechts erforderlich sind. Von Seiten des Finanzministeriums sind überdies steuerliche Begünstigungen von privaten Sanierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Energieeinsparung im Rahmen einer Steuerreform einzuführen. Mit den zu treffenden Maßnahmen verbessert sich gleichzeitig auch der Wohnkomfort und die Lebensqualität für die Bewohner, wie auch die Versorgungssicherheit, ohne jedoch die Haushaltsaufwendungen für Miete und Heizkosten bzw. Rückzahlungen für Wohnbauförderung, Errichtungskosten und den jährlichen Heizkosten zu erhöhen.



Trendszenarien im Sektor der Nachkriegsbauten und der Neubauten zeigen die großen Einsparungspotentiale deutlich auf.

Grafiken: IG Passivhaus Österreich / GF Günter Lang

IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

G. Lang, Wien, 22.03.2007

Mit ambitionierten Maßnahmen lassen sich CO₂-Emissionen bis 2020 halbieren! Die IG Passivhaus Österreich fordert daher die Umsetzung folgender Teilmaßnahmen

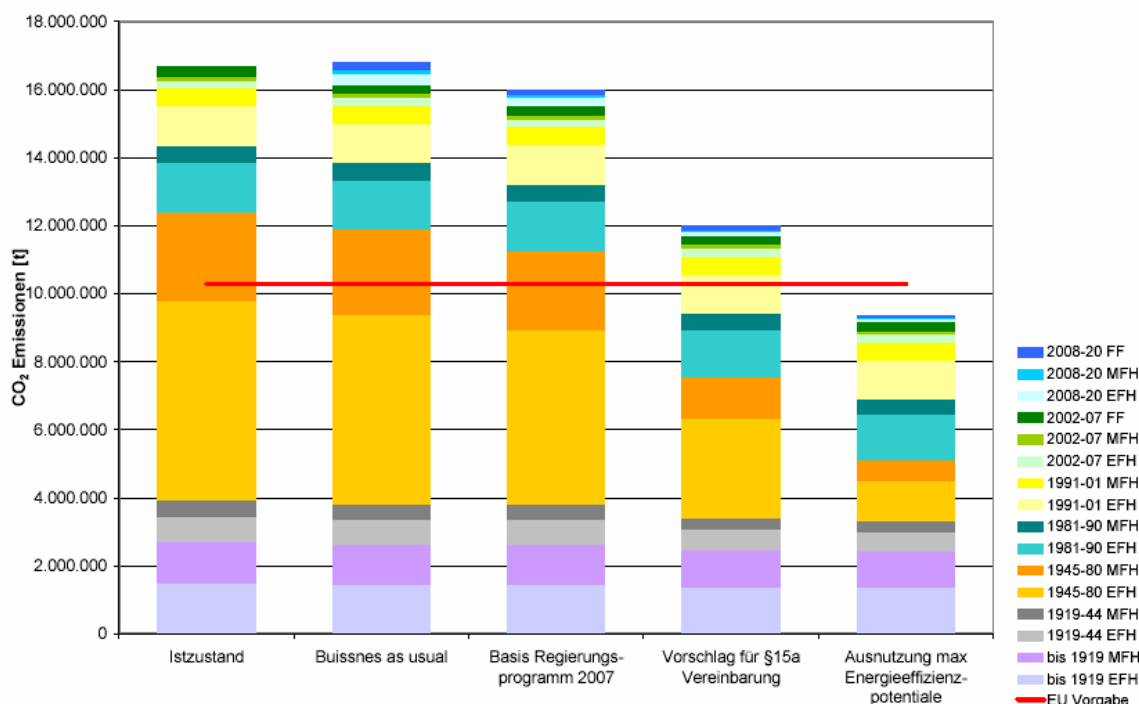
Siehe Trendszenario „Vorschlag für § 15a Vereinbarung“ zwischen Bund und Ländern:

- **Im Baurecht** der Bundesländer ist gemäß Art 15a Vereinbarung bis 2008 die Mindestanforderung für sämtliche Gebäude auf max. 55 kWh/m²a zu begrenzen. Diese Forderung zur Harmonisierung der Bauordnung wird auch von den Bundesländern Vorarlberg und Burgenland eingebracht.
- **Mindeststandard Passivhaus im geförderten Mehrfamilienhaus ab 2009.** Dies entspricht einem maximalen Heizwärmebedarf nach OIB von 10 kWh/m²a und damit einer Reduktion um 75% gegenüber dem aktuellen Standard. Bereits seit 1.1.2007 weisen alle geförderten Neubauten von gemeinnützigen Bauträgern in Vorarlberg mindestens Passivhausstandard auf. Und in Wien startet gerade der Bauträgerwettbewerb „Eurogate“ mit 1.000 Wohneinheiten. Die Regelung im Regierungsprogramm, „Ab 2015 sollen im Bereich der Wohnbauförderung nur mehr Häuser im großvolumigen Wohnbau gefördert werden, die dem „klima:aktiv Passivhaus Standard“ entsprechen“, greift hier viel zu kurz.
- **Mindeststandard Passivhaus im geförderten Einfamilienhaus bis 2013.** Grundsätzlich sollten aber für Einfamilienhaus und Wohnhausanlage die gleichen Regelungen gelten. Gerade Eigenheime haben im Vergleich zu Wohnungen einerseits weit größere Wohnnutzflächen pro Bewohner, und sind andererseits durch deren Siedlungsstruktur auch für wesentlich höhere CO₂-Emissionen durch Verkehr verantwortlich. Aus sozialpolitischer Sicht ist zudem eine höhere Anforderung an soziale Mietwohnungen gegenüber Eigenheimen nicht akzeptabel.
- **Bis 2020 thermische Sanierung aller Nachkriegsbauten 1945 – 1980** gemäß Regierungsübereinkommen, was mindestens einer Steigerung der jährlichen Sanierungsrate auf das Sechsfache bedeutet. Allerdings führen diese Maßnahmen NUR dann zum vereinbarten EU-Ziel, wenn diese thermischen Sanierungen das optimale Einsparungspotential nutzen – also im Mittel eine **70%-ige Energieeinsparung** erzielt wird. Dies erfordert jedoch eine gravierende Neuausrichtung der meisten Wohnbauförderungen zur Forcierung thermisch höchsteffizientester Sanierungen. Vorbild ist auch hier Vorarlberg, wo bereits seit 1.1.2007 alle geförderten Altbausanierungen dieser Bauperiode von gemeinnützigen Bauträgern mindestens eine 80%-ige Energieeinsparung aufweisen müssen.
- **Der größte Handlungsbedarf besteht aber bei den 718.000 Eigenheimen der Nachkriegsbauten 1945 – 1980.** Diese Gebäudegruppe weist mit 6,0 TWh mit Abstand den größten Energieverbrauch auf. Außerdem haben diese Häuser den höchsten Heizwärmebedarf von durchschnittlich 200 kWh/m²a und verursachen damit den Besitzern heute bereits jährliche Heizkosten von 2.000.- bis 3.500.- Euro. Um diese Eigenheime mittelfristig überhaupt leistbar noch beheizen zu können, ist hier eine große Sanierungsoffensive dringend erforderlich. **Bis 2020 ist daher eine thermische Sanierungsoffensive für diese Gebäudegruppe erforderlich, die ebenfalls das optimale Einsparungspotential nutzt – also im Mittel eine 70%-ige Energieeinsparung erzielt.**

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar

IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

G. Lang, Wien, 22.03.2007



Grafik: Die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Trendszenarien für die CO₂-Emissionen im Jahr 2020 für den gesamten Wohngebäudesektor zeigen deutlich auf, dass nur bei einer maximalen Energieeffizienzoffensive bei den Nachkriegsbauten eine Chance besteht, die notwendigen Reduktionen und EU-Vereinbarungen zu erreichen.

Quelle: IG Passivhaus Österreich / GF Günter Lang

- Durch die maximale Ausnutzung der Energieeffizienz bei den Gebäuden der vor genannten Bauperioden können der verbleibende Restenergiebedarf von rund 11,0 TWh Ressourcen schonend zu 100% mit Erneuerbaren Energieträgern in hocheffizienten Kleinstanlagen bereit gestellt werden.

Vorarlberg setzt die Forderungen bereits erfolgreich um

Dass sich Mut in der Politik auszahlt hat sich bereits in den letzten drei Monaten in Vorarlberg gezeigt. Die seit 1. Jänner 2007 verpflichtende Umsetzung des Passivhausstandards im großvolumigen Wohnbau hat in kürzester Zeit zu einem regelrechten Passivhausboom in Vorarlberg weit über die betroffene Immobilienbranche hinaus geführt. Die Baubranche profitiert durch gesteigertes Qualitätsbewusstsein und weniger Pusch, und die Bewohner profitieren von minimalen Betriebskosten und gesteigerten Wohnkomfort.

Auch für die Altbausanierung von Nachkriegsbauten sind in Vorarlberg seit Jahresbeginn 2007 engagierte Förderrichtlinien mit den Bauträgern vereinbart. So dürfen diese nach der Sanierung maximal noch einen Heizwärmebedarf von 30 kWh/m²a aufweisen, was einer Reduktion von rund 80% entspricht. Mehrere der nun begonnenen Sanierungen von Mehrfamilienhäusern weisen bereits einen Heizwärmebedarf von nur noch 15 kWh/m²a auf.

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar



IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

G. Lang, Wien, 22.03.2007

Energieeffizienz im Gebäudesektor um 80 bis 95% verbessern bei gleichzeitig wesentlich mehr Komfort

Gebäude sind sehr langfristige Güter und Investitionen, und die Raumwärme ist für 30% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Heute neu errichtete oder sanierte Gebäude werden im Schnitt erst in 40 Jahren, also um 2050 das nächste Mal saniert und verbessert. Außerdem steigt nach wie vor der Flächenbedarf pro Kopf jedes Jahr um einen Quadratmeter, weshalb die bisherigen halbherzigen Richtlinien bei Wohnbauförderung und Bauordnung zur Reduzierung des Heizwärmebedarfs unterm Strich zu keinen Einsparungen beigetragen haben. Es konnte im Raumwärmebereich lediglich ein weiterer Anstieg verhindert werden.

Daher ist es unbedingt erforderlich, sofort mit einer erheblichen Verbesserung der Energieeffizienz zu beginnen. Der Passivhausstandard reduziert den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen um 80% gegenüber konventionellen Neubauten und bei der Altbausanierung auf Passivhausstandard lassen sich gar 95% einsparen. Dies wird auch notwendig sein, um die letzte Woche in der EU vereinbarte Reduktion der Treibhausemissionen um 20 bzw. 30% bis zum Jahr 2020 erreichen zu können.

Die aktuelle Studie der IG Passivhaus Österreich zur Zielerreichung dieser EU-Vereinbarungen unterstreicht die notwendigen Maßnahmen im Neubau und bei der Sanierung. Die im Regierungsübereinkommen vereinbarte Sanierung aller Wohnbauten zwischen 1945 - 1980 bringt nur dann den gewünschten Effekt, wenn bei diesen konsequent alle Energieeffizienz Verbesserungen umgesetzt werden.

Nationale und internationale Forderungen nach sofortiger Energiewende

20 % weniger Treibhausgase bis 2020 und 20 % Erneuerbare Energie in der EU, so lautet die Vereinbarung aller Europäischer Länder Anfang März 2007. Im UN-Klimabericht haben 2.500 Klimaforscher der UNO in aller Deutlichkeit dokumentiert, dass wir nur noch 13 Jahre zum Umsteuern haben. Und 20% sind kein Umsteuern. Bei der EU-Klimakonferenz Anfang März traf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel den Nagel auf den Kopf als sie sagte, dass es nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf ist.

Selbst mit einer deutlichen klimapolitischen Wende lassen sich die schwer wiegenden Folgen des globalen Klimawandels bestenfalls abmildern. Zu diesem Ergebnis kommt das UNO-Expertengremium IPCC im zweiten Teil ihres Weltklimaberichts. Der Klimawandel stellt nach Einschätzung von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon für die Menschheit inzwischen eine ebenso große Bedrohung dar wie Kriege.

Gefährliche 2-Grad-Celsius-Marke

Den Forschern des IPCC zufolge sollte die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau von höchstens 420 Anteilen pro einer Million Luftmoleküle (ppm) stabilisiert werden. Aktuell betrage dieser Wert aber schon 383 ppm, und jährlich kämen aktuell 2,5 ppm hinzu.

PK – So ist die EU-Klimastrategie im Wohnbau erreichbar



IG Passivhaus Österreich fordert eine konsequente Klimaschutzoffensive von Bundesregierung und Ländern

G. Lang, Wien, 22.03.2007

Die Warnung des Klimarates: Die Zielmarke sei "nur in den stringentesten Szenarien" noch zu erreichen - und damit ein Stopp der globalen Erwärmung bei maximal zwei Grad Celsius.

Ein Überschreiten dieser Temperaturschwelle muss nach Ansicht vieler Klimaforscher vermieden werden, weil die Folgen des globalen Wandels dann unbeherrschbar würden.

Finanzminister Molterer fordert 100% der Wohnbaufördergelder für den Klimaschutz einzusetzen

Eine neue Initiative in Sachen Klimaschutz kündigte Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer im STANDARD- Interview am 17.03.07 an. Er will "am besten noch in diesem Jahr" mit den Ländern eine Vereinbarung treffen, damit in Hinkunft die Mittel der Wohnbauförderung nur noch zur Erreichung der Kioto-Ziele eingesetzt werden.

Molterer sagte: "Derzeit werden die rund zweieinhalb Milliarden Euro von den Ländern ja für alles Mögliche verwendet." Teilweise auch für Zwecke, die nicht einmal mit dem Wohnbau zu tun haben, wie Experten schon seit Jahren kritisieren.

Diese Ankündigung des Vizekanzlers und Finanzministers Wilhelm Molterer deckt sich auch mit der Forderung der IG Passivhaus Österreich, im Interesse der Bevölkerung und Bewohner die Wohnbaufördermittel zur Gänze an die energetischen Kriterien der Wohngebäude zu binden.

Mehr Informationen:



IG Passivhaus Österreich - www.igpassivhaus.at

Geschäftsführer IG Passivhaus Österreich, Ing. Günter Lang,

Tel.0650/900 20 40, quenter.lang@gmx.at

Öffentlichkeitsarbeit IG Passivhaus Österreich;

Doris Holler-Bruckner Tel. 0664/144 81 98 office@holler.co.at

Bildmaterial und die Grafiken in Druckqualität senden wir Ihnen gerne zu bzw. können Sie direkt unter www.igpassivhaus.at unter „Presse“ >> „Wohnbauförderungen“ downloaden